

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927**

24.6.1927 (No. 144)

Expedition: Karlsruher-Str. 14, Fernsprecher: Nr. 353 und 354, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. K. Menz, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM, einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern besetzt. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verteilung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Amtshandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Wirtschaftliche Umschau

Der Reparationsagent hat in seinem an dieser Stelle schon besprochenen Zwischenbericht über die letzten neun Monate eine Kritik an der Steuererhebung des Reiches geübt, die mit Recht nicht unwidersprochen blieb. Vor allem hat er es gerügt, daß das Reich in größtem Umfang als Steuerheber fungiere, während es gleichzeitig keinen Einfluß auf die Ausgabenpolitik der Länder und Gemeinden habe. Abgesehen davon, daß diese Behauptung unrichtig ist, denn der weitaus größte Teil der Ausgaben der Länder und Gemeinden — es sei nur an die Erwerbslosenfürsorge erinnert — wird durch die Reichssteuererhebung verursacht und vorgeschrieben, mißt sich der Reparationsagent in innerdeutsche Verfassungsfragen hinein. Die Schlussfolgerung aus seinen Ausführungen wäre evtl. die restlose Unitarisierung Deutschlands. Die deutschen Länder haben ihre durch die Reichsverfassung ihnen gewährleisteten Rechte (sind übrigens auch ihrerseits durch das Versäulter Diktat für die Aufbringung der Reparationen mitverantwortlich und haftbar), und wie die Vorgänge anlässlich der neuen Finanzreform zeigen, namentlich was Süddeutschland anlangt, unbedingt gesonnen, an diesen Rechten festzuhalten. Die Reichsregierung ist gar nicht imstande, unter Außerachtlassung aller historischen und politischen Gegebenheiten den Wünschen des Dawesagenten ohne Gefährdung des Reiches selbst zu entsprechen, und allein dieser Hinweis auf den Sachverhalt rechtfertigt eine entschiedene Zurückweisung der in dem Bericht ausgeprochenen Kritik.

Unhaltbar ist auch der Teil des Berichts, der die völlige Beseitigung des außerordentlichen Haushalts im Reich verlangt. Man kann verschiedener Meinung darüber sein, was man alles auf das außerordentliche Budget übernehmen darf, um eine gesunde Finanzgestaltung aufrecht zu erhalten, aber die bewährte Trennung der Ausgaben in dauernde, laufende und einmalige mit verbundene Charakter ist zweifellos berechtigt, gerade in dem verarmten Deutschland, das verbundene Anlagen, welche der Allgemeinheit dauernden Nutzen bringen sollen, gar nicht aus laufenden Einnahmen bezahlen kann. Wenn der Reparationsagent es z. B. für besser hält, daß das Reich seinerzeit Schatzwechsel ausgeben, anstatt die fünfprozentige Reichsanleihe aufgenommen hätte, so ist dem entgegenzuhalten, daß das eben deshalb nicht geschehen konnte, weil diese Schatzwechsel zum Jahresabschluss hätten wieder zurückbezahlt werden müssen und weil bei der angespannten Finanzlage für die notwendigen Ausgaben verbender Art die Aufnahme langfristiger Gelder das Gegebene war. Hätte man die Anleihe vermeiden wollen, dann hätte man eben im wesentlichen auch auf die damit in die Wege geleiteten Investitionen verzichten müssen.

Im übrigen macht Parker Gilbert ganz offen gegen eine Revision des Dawesplanes Stimmung, indem er die Behauptung aufstellt, daß es gar keine Schwierigkeiten habe, das Reichsbudget auch einschließlich der Reparationszahlungen ausgeglichen zu erhalten. Dazu ist schon vor acht Tagen an dieser Stelle in Verbindung mit der Währungsfrage das Notwendige gesagt worden. Ohne Steigerung der Ausfuhr können wir zu keiner befriedigenden Zahlungsbilanz gelangen und ohne eine solche auf die Dauer nicht die steigenden Reparationslasten tragen.

Der Reichswirtschaftsminister hat in seiner Hamburger Rede angekündigt, daß die Reichsregierung mit größter Beschleunigung dem Reichswirtschaftsrat und den gesetzgebenden Körperschaften ihre Vorschläge über eine Reform der deutschen Zölle machen werde. Diese Mitteilungen stehen im Zusammenhang mit der Zustimmung des Reichskabinetts zu den Beschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz, die sich für Abbau der Handelsbindnisse ausgesprochen hat. Die deutsche Handelspolitik müsse das Ziel einer schrittweisen und paritätischen Absenkung der Zölle in allen Staaten haben, und auch Deutschland müsse zu diesem Zweck an die Senkung seiner autonomen Zölle gehen. Zunächst freilich wird eine solche Senkung nicht kommen, im Gegenteil, es sollen Erhöhungen bei gewissen landwirtschaftlichen Zöllen eintreten, so sollen der autonome Kartoffelzoll auf 1 RM, der Zoll für Schweinefleisch von 21 auf 32 RM und der Zuderzoll um 50 Proz. auf 15 RM erhöht werden. Die übrigen Zölle sollen nach dem ausdrück-

lichen Beschluß des Reichskabinetts vorläufig bestehen bleiben.

Der Widerpruch, der sich hier zeigt, ist offenbar, der Grund dafür aber der Widerstand der Rechten gegen einen Zollabbau und die von dieser Seite gleichfalls vertretenen agrarischen Zollerhöhungswünsche. Der Reichsernährungsminister ist in einer in Stettin gehaltenen Rede zu ganz anderen Schüssen im eigenen Reichswirtschaftsminister gekommen. Während dieser den Ausgleich der Wirtschafts- und Zahlungsbilanz vor allem durch Steigerung der Ausfuhr erreichen will, glaubt der Reichsernährungsminister, daß vor allem stärkere Eigenzeugung an Nahrungsmitteln die Passivität der Handelsbilanz vermindern könne, und daß der Abbau des Zollniveaus bekämpft werden müsse. Solche Gegenätze innerhalb der Reichsregierung können naturgemäß die Zollreform nicht vorwärts bringen und ebenfalls müssen darunter die Handelsvertragsverhandlungen leiden, die seit langem nicht mehr vom Fleck kommen. Was die beschlossene Zollerhöhung anlangt, so wird befürchtet, daß der Kartoffelzoll, der sich hauptsächlich gegen Holland richtet, und am 1. Dezember in Kraft treten soll, falls der Reichstag zustimmt, zollpolitische Gegenmaßnahmen Hollands hervorrufen kann. Der Zuderzoll wird durch eine Ermäßigung der Zudersteuer um 50 Prozent von 21 auf 10,50 RM, die zum Ausgleich beschlossen wurde, wohl wettgemacht werden. Erheblichen Widerstand findet die geplante Erhöhung des Zolles für Schweinefleisch von 21 auf 32 RM, zumal der Fleischkonsum der deutschen Bevölkerung gegenüber dem anderer Länder immer noch zurücksteht. Während landwirtschaftliche Organisationen diese Zollerhöhungen für ungenügend erklärt haben, und solche für weitere Artikel, darunter auch für Milchprodukte gefordert werden, wird von der anderen Seite darauf hingewiesen, daß nach dem Großhandelsindex die Preise für Agrarprodukte seit der letzten Zollreform erheblich gestiegen, die für Industrieerzeugnisse aber gesunken seien, daß sich also die sog. „Preisklücke“ jetzt zugunsten der Landwirtschaft auswirke. Allerdings kommt man bei manchen Artikeln zu einem anderen Bild, wenn man die Vorkriegspreise mit den jetzigen Preisen vergleicht.

Es sieht nicht so aus, als ob man auf einem sehr wichtigen Gebiet der Rationalisierung, der Gasfernversorgung, die auch für uns in Südwestdeutschland — es ist eine Leitung den Rhein entlang bis nach Karlsruhe vorgesehen — von erheblichem Interesse ist, so schnell vorwärts kommen wird. Der Ruhrkohlenbergbau und die großen Städte stehen sich hier weiter als Gegner gegenüber. Auf eine Denkschrift der A.G. für Kohleverwertung des Ruhrbergbaus hat die kürzlich stattgefundenen Tagung der Gas- und Wasserfachmänner geantwortet. Der Ruhrbergbau braucht zur Eisenerzeugung sehr große Mengen Koks, muß dazu Kohle verbrennen und will die anfallenden großen Gasmengen, die zum Teil unwirtschaftlich verwertet werden müssen, besser verwerten als bisher. Auch ein gleichmäßigerer Absatz der Kohlenarten soll, vor allem durch Vergasung und demgemäß großen Verbrauch von Fettkohle, wobei ja außer Koks und Gas, Leer, Ammoniak und Benzol gewonnen werden, durch die Ferngasversorgung gewährleistet, dadurch die Schwierigkeiten des Sortenproblems gelöst und auch eine Preisentkung für Kohle herbeigeführt werden. Natürlich ist die Höhe des Gaspreises bei der Ferngasversorgung von größter Bedeutung, mit anderen Worten die Frage, inwiefern die Gas Konsumenten an dem Nutzen dieser Rationalisierung teilnehmen sollen.

Während die Ruhrkohlenindustrie erklärt, daß auch unter Einrechnung der Kosten für die Leitungen sich das Ferngas billiger stelle, wird von den Städten behauptet, daß moderne Gasanstalten hier durchaus würden konkurrieren können, auch der Ruhrkohlenbergbau wolle ja solche Gasanstalten erhalten wissen. Eine weitere Frage ist die des künftigen Einflusses der Gemeinden auf die Ferngasversorgung und der von ihnen geforderte Schutz gegen ein Monopol der Ruhrzwecken. Der Vergasung schlägt eine gemeinschaftliche Gesellschaft, also Beteiligung der Gemeinden vor. Dennoch hielt die oben erwähnte Tagung der Gas- und Wasserfachmänner an ihrem Widerstand fest, da man überhaupt Einwendungen gegen eine Vorherrschaft der Ruhrkohle hat. Namentlich aus Mitteldeutschland kommen solche Widerstände. Die dortigen Braunkohlegruben, zu deren Versorgungsgebiet Städte wie Berlin und Leipzig gehören, planen gleichfalls eine

Gasfernversorgung. Durch Verschmelzung der Kohle in größerem Maßstab wollen sie Gas gewinnen und den anfallenden Halbkoks mit Hilfe der Kohlenstaubfeuerung für große Dampfkräftwerke zur Elektrizitätsgewinnung verwenden, außerdem auch Schmelz- und Leichtöle gewinnen. Die Städte treten mehr für eine Gruppengasfernversorgung durch größere Gaswerke ein, wie sie verschiedentlich bereits auch in Baden im Gang ist.

### Die Aussenpolitik im Reichstag

Im Reichstage wurde am gestrigen Donnerstag die große außenpolitische Aussprache mit einer Rede des Reichsaußenministers Dr. Stresemann eingeleitet. Der Außenminister sprach in ruhigen und genau abgewogenen Worten und verhehlte nicht den Ernst der Lage. Nach ihm gab für die Regierungsparteien der Zentrumsabgeordnete Dr. Kaas eine gemeinsame Erklärung ab, welche die Kritik des Locarnoabkommens feststellte. Dann sprachen der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Breitscheid und der Kommunist Stöcker. Heute Freitag wird die Aussprache fortgesetzt und voraussichtlich beendet.

In der heutigen Sitzung, die um 2 Uhr beginnt, spricht zunächst für die Demokraten Graf Bernstorff. Für die Wirtschaftliche Vereinigung ist Prof. Dr. Vredt, für die Volksfischen Graf Reventlow und für die Kommunisten wahrscheinlich noch Ruth Fischer als Redner vorgesehen. Die Redner für die zweite Garnitur sind noch nicht bekannt. Eine nodumalige Rede des Außenministers ist vorläufig nicht in Aussicht genommen. Mißtrauensanträge sind heute, Freitag, bis zur Mittagstunde noch nicht eingegangen, so daß auch die Regierungsparteien bis zum jetzigen Zeitpunkt davon abgesehen haben, eine Billigungsformel vorzuschlagen.

### Deutscher Reichstag

B.D.B. Berlin, 23. Juni.

Die Tribünen sind überfüllt. In der Diplomatenloge wohnen die Vertreter der fremden Mächte den Verhandlungen bei. Präsident Lohé eröffnet die Sitzung um 15 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme der Regierungserklärung über die außenpolitische Lage in Verbindung mit den Interpellationen der Regierungsparteien, der Sozialdemokraten und Kommunisten über die Außenpolitik.

### Reichsaußenminister Dr. Stresemann

erhält sofort das Wort und führt u. a. aus:

#### Deutschland und Rußland

Die kommunistische Fraktion des Deutschen Reichstages glaubt in ihrer Interpellation, daß die Erörterungen in Genf den Zweck und das Ziel gehabt hätten, Deutschland in die antisowjetische Front einzugliedern. In Genf ist über dieses Thema vertrauensvoll und offen gesprochen worden. Ich habe schon in der letzten Reichstagsdebatte gesagt, daß sich in unserer bisherigen Außenpolitik nichts ändern werde, die durch die abgeschlossenen Verträge, besonders die Verträge von Locarno und Berlin und durch den Eintritt in den Völkerverbund gekennzeichnet ist. Ich kann auf Grund der Genfer Besprechungen mit aller Bestimmtheit sagen, von keiner Seite haben sich Bestrebungen bemerkbar gemacht, uns von dieser Politik abzudrängen. Im Gegenteil haben die Verhandlungen dazu beigetragen, daß wir Verständnis und Anerkennung gefunden haben. Ich kann auf das Bestimmteste erklären, daß mir von einer Koalition gegen Sowjetrußland nichts bekannt geworden ist. Ich habe vielmehr die Überzeugung gewonnen, daß alle in Betracht kommenden Staaten volle Freiheit erhalten wollen, ihr Verhältnis zu Rußland selbständig und nach Maßgabe ihrer individuellen Interessen zu bestimmen. Eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des russischen Regimes kann für uns selbstverständlich nicht in Betracht kommen. Ebenso werden wir auch in Zukunft allen Versuchen mit größter Schärfe entgegenzutreten müssen, die sich etwa von außen gegen unsere eigene Staatsform richten. Darum befinden wir uns in Übereinstimmung mit allen anderen Staaten, daß wir einer weltrevolutionären Propaganda entschieden Widerstand entgegenzusetzen werden. Das ist die reine tatsächliche Bestimmung des elementaren Gesetzes der Selbstbestimmung. Das besondere deutsche Interesse geht ausschließlich dahin, an der Beseitigung aller Spannungen zu arbeiten, die die friedliche Entwicklung der Verhältnisse in Europa und der Welt gefährden könnten. Deutschlands besondere Lage gegenüber Sowjetrußland ist dabei offen von mir zum Ausdruck gebracht worden. Wir haben ein Interesse daran, in engen, wirtschaftlichen Wechselbeziehungen, wie mit allen Ländern, so auch mit Sowjetrußland zu stehen. Unsere Staatsverfassung steht in schärfstem Gegensatz zu der Sowjetrußlands. Trotzdem kann dieser Gegensatz keinerlei Grund für uns sein, irgendwie an einer Isolierung Sowjetrußlands mitzuwirken.

#### Zwei Spannungsmomente

hat die letzte Zeit gebracht: Den Nord des russischen Gefandten in Warschau und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Jugoslawien und Albanien. Wir haben inzwischen mit Befriedigung feststellen können, daß die Regierung von Sowjetrußland nicht die Absicht hat, den ersten Fall irgendwie zu verschärfen. In den Besprechungen in Genf wurde eine Einigung dahin erzielt, wie Jugoslawien und

Albanien Vorschläge zu machen seien, um die normalen Beziehungen zwischen den beiden Völkern wieder herzustellen zu können. Ich bin jederzeit damit einverstanden, daß wir unsere Kräfte zur Entspannung der Lage zwischen anderen Ländern einsetzen. Solange wir eine gleichberechtigte Macht in dem europäischen Konzert sein wollen, können wir uns einer solchen Aufgabe nicht entziehen.

Der Völkerbund hat in dem Sinne der von mir vorgeschlagenen Entschließung der Reichsregierung zur Durchführung der Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz entschieden. Die Entschließung der Reichsregierung ist vom Kabinett einstimmig gebilligt worden. Die zuständigen Körperschaften, der Reichswirtschaftsrat und der handelspolitische Ausschuss des Reichstages werden sich in nächster Zeit mit einer Herabsetzung unseres Zollniveaus zu beschäftigen haben.

#### das Abrüstungsproblem

entsprechend der klaren Forderung des Artikels 8 der Völkerbundsverträge gelöst wird. Zu den Abrüstungsverhandlungen gingen wir nicht als Schuldner, sondern als Gläubiger (Sehr richtig rechts und in der Mitte). Für den Völkerbund selbst ist die Lösung dieser Frage einfach eine Frage seiner eigenen Geltung, ja eine Frage seiner Existenz. (Erneute Zustimmung.)

#### Die Erklärung der litauischen Regierung zu den Beschlüssen der Memelländer

gab dem Präsidenten des Völkerbundes Veranlassung zu der Erklärung, daß der Völkerbund nun hoffentlich nicht noch einmal sich mit der Regelung dieser Frage befassen muß. Meine Besprechungen mit dem litauischen Ministerpräsidenten vor zwei Tagen in Berlin bekräftigten mich in der Auffassung, daß Litauen gewillt ist, gute Beziehungen zu seinen Nachbarn zu unterhalten.

#### Der Redner bespricht dann das Verhältnis Deutschlands zu den in der Völkerbundskonferenz vertretenen Mächten und die Hinzuziehung eines Deutschen in die Mandatskommission.

Wenn wir auch keine Kolonien besitzen, sind wir doch in hohem Maße an dieser Kommission interessiert. Auch der Völkerbund glaubt, uns nicht entbehren zu können. In der Seuchenbekämpfung unter den Eingeborenen hat Deutschland das Hauptverdienst. Für unsere Wirtschaft ist es ferner von außerordentlicher Bedeutung, daß uns die koloniale Erfahrung nicht verloren geht. Wir brauchen sie für unsere Beteiligung in den Rohstoffgebieten. Es ist sicher, daß im September die Hinzuziehung eines deutschen Mitgliedes in die Mandatskommission erfolgt.

#### Mit Enttäuschung ist es aufgenommen worden, daß der Wunsch der freien Stadt Danzig

in bezug auf die Feststellung des Rechtszustandes auf der Westeuropäische noch nicht erledigt worden ist. Die Stadt Danzig will dem Völkerbund neue Vorschläge unterbreiten, die auf eine andere Lösung der Differenzpunkte mit Polen zielt. Das war auch der Grund, der Danzig und uns veranlaßt hatte, nicht auf eine sofortige Entscheidung des Völkerbundes zu drängen.

#### Die stärkste Enttäuschung hat in Deutschland die Tatsache hervorgerufen, daß

#### die Frage der Truppenreduktion im Rheinland

bei den diesmaligen Besprechungen in Genf nicht gelöst worden ist. Es ist eine völlig falsche Annahme, wenn die französische Presse meint, daß die Erfüllung dieser deutschen Forderung ein Beweis des guten Willens gegenüber Deutschland sei. Es handelt sich hier nicht um irgend eine Konzession, die von unserem Wohlverhalten abhängig wäre, sondern die Reduktion der Rheinlandstruppen bildet ein Teil derjenigen Zusicherungen, von denen die Unterzeichnung des Locarno-Vertrages abhängig war. (Lebh. Zustimmung rechts.) Wir haben auf die Erfüllung der Forderung der Truppenreduktion einmal einen formellen und zweitens einen weit noch darüber hinausgehenden politischen Anspruch. Es kann sich natürlich nicht um eine Verminderung um 4-5000 Mann handeln. Nach der Forderung müssen die Truppen auf die Tiefzahl vermindert werden, die in der Vorkriegszeit von Deutschland im Rheinlande unterhalten wurde.

Wenn das Mißtrauen in dem Wert zur feierlich gegebenen Forderung sich ausbreitet und erhärtet wird durch die Nichterfüllung auf einem Gebiet, so ist die Gefahr vorhanden, daß die Zueversicht auf anderen Gebieten mitschüttelt wird (Lebh. Beifall). Ich begrüße es deshalb, daß der englische Unterstaatssekretär ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß der englische Außenminister Chamberlain die Forderung in derselben Weise ausgelegt hat wie wir. Der deutsche Vorkämpfer hat in London über diese Erklärung eine Ansprache gehalten, und ihm ist versichert worden, daß nach englischer Auffassung die Erledigung der Frage der Erfüllung der Forderung nicht als ein Voraussetzung für die Erfüllung der Forderung der Truppenreduktion im Rheinlande anzusehen ist. Die Frage ist eine Frage des Vertrauens geworden in die Ehrlichkeit unserer Vertragspartner, und es liegt nicht an uns, sondern an der unglaublichen Hinauszögerung der Entscheidung, daß die deutsche Öffentlichkeit die Geduld darüber verloren hat (Lebh. Beifall).

#### Die Zerstörung der deutschen Offensiven

kann in keiner Weise mit dieser Frage verknüpft werden. Wenn sich das deutsche Kabinett entschlossen hat, ein oder zwei Experten zur Befestigung der Ostbefestigungen einzuladen, so ist das lediglich ein Akt des Gegenkommens, weil die deutsche Regierung nichts zu verbergen hat und weil die Offensivfrage uns zu gering erscheint, um ein Streitobjekt zwischen den Mächten zu werden. Angesichts dieser entgegenkommenden Haltung Deutschlands in einer Frage, in der es rechtlich nicht gebunden war, ist die deutsche Öffentlichkeit um so mehr empfindlich berührt worden durch die Art und Weise, in der

#### der französische Ministerpräsident Poincaré

in seiner kürzlich gehaltenen Rede geglaubt hat, das deutsch-französische Verhältnis kennzeichnen zu wollen. Ich bin der Ansicht, daß wir den großen Problemen der Gegenwart nicht damit näher kommen, wenn wir in den Alten zurückblättern. Die Aufklärung der Weltöffentlichkeit ist zu weit vorgeschritten, als daß zu befürchten wäre, daß derartige Behauptungen noch Glauben finden. (Lebh. Zustimmung.) Erheblicher ist dagegen, was Herr Poincaré über die Fragen der Gegenwart gesagt hat. In seinen Schlussfolgerungen erwähnte Herr Poincaré als Zeichen für die deutsche Geistesverfassung die Tatsache, daß ein deutsches Kriegsschiff eine Auslandsreise angetreten hat, das den Namen „Elsah“ trage. Das Dampfschiff „Elsah“ wurde schon im Jahre 1903 erbaut und hat also schon vor 23 Jahren seinen Namen erhalten (Heiterkeit). Das stellt Herr Poincaré allen Erstes die Behauptung auf, ich sei kein aufrichtiger Anhänger der Locarno-Politik. Warum bezieht sich Herr Poincaré nicht auf die feierliche programmatische Erklärung, die Reichkanzler Dr. Marx nach der Bildung des gegenwärtigen Kabinetts an dieser Stelle abgegeben hat? Da hat er ausdrücklich betont, daß die bisherige Außenpolitik fest auf der Grundlage der Locarno-Verträge fortgesetzt wird. Er hat geschlossen mit den Worten: „Unsere Außenpolitik ist gekennzeichnet durch den Verzicht auf den Gedanken der Revanche.“

#### Unsere Tendenz ist vielmehr die Herbeiführung der gegenseitigen Verständigung.

Wenn er weiter sagt, Deutschland müsse erst einmal die Forderungen der Vorkämpferkonferenz in den einzelnen Fragen erfüllen und damit einen Beweis für seinen guten Willen liefern, so läßt sich eine solche Äußerung nur so erklären, daß Herr Poincaré infolge seiner Arbeitsüberlastung über die Dinge nicht mehr genügend informiert ist. Am 12. Dezember v. J. ist von den Mächten der Vorkämpferkonferenz in Genf mit Genehmigung festgestellt worden, daß über den größten Teil der mehr als 100 Fragen eine Verständigung erzielt worden sei. Nur über zwei Fragen stehe die Verständigung noch aus. Die beiden damals noch ausstehenden Fragen waren die Frage der Offensiven und der preussischen Polizei. Die Erfüllung der Forderungen in diesen Fragen ist aber bereits in der Durchführung begriffen. Herr Poincaré hat keinen Anlaß mehr, die deutsche Vertragstreue in Zweifel zu ziehen. Er kann seine politischen Absichten jedoch verwirklichen und der deutschen Öffentlichkeit den Beweis seiner guten Absicht erbringen, wenn er seinen großen persönlichen Einfluß dafür einsetzt, uns beispielsweise zunächst in der Frage der Truppenreduktion Genehmigung zu verschaffen (Lebh. Beifall). Was ist nun das Ziel Poincarés?

#### Mehrpolitik oder Locarno?

Eins oder das andere ist möglich, aber nicht eines und das andere. (Sehr gut.) Die Geistesverfassung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes ist in dem Maße dem Geiste der Verständigung gefolgt, wie die europäischen Verhältnisse sich entwickelten. Deutschland hat der Ruhrinvasion Widerstand entgegengesetzt. Es hat das Dawes-Abkommen auf sich genommen. Das deutsche Volk wünschte den Weg nach Locarno und Genf. Es begrüßte den Gedanken der französischen Annäherung. Wer einen Beweis dafür wünscht, zuseh die Fuldigungen - ins Gedächtnis, die Herr Poincaré in Frankfurt a. M. zuteil wurden. Das deutsche Volk ist bereit, die Hand zu erheben, aber nicht die Hand des Siegers. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Immer spricht man uns von der französischen Sicherheit. Es gibt aber keinen verantwortungsvollen Menschen in Deutschland, der so verbrecherisch wäre, Deutschland in einen Krieg gegen irgendwelche Macht im Osten oder Westen zu hegen. Wir wollen aber endlich, acht Jahre nach dem Kriege, die Wiederherstellung der deutschen Souveränität. Wir wollen ein friedliches, aber freies Volk sein (Beifall). Gebt man auch dem deutschen Rheinland den Frieden, auf den es einen berechtigten Anspruch hat! Unser Volk ist schwer enttäuscht, weil wir in bezug auf die Gesamtlösung stehen geblieben, ja zurückgeworfen sind.

#### Unsere Stellungnahme liegt klar zutage; aber an Frankreich haben wir die Frage zu richten:

#### Wohin geht Dein Weg?

Frankreich? Soll der Geist der Kriegssphäre ewig dauern oder wählt Ihr die Devise „Für Frieden und Freiheit“? Nicht nur wir, sondern alle Völker, die den Frieden wollen, warten auf Antwort. (Stürmischer Beifall.)

#### Reichszugler Dr. Marx reicht dem Redner glückwünschend die Hand.

#### Die Erklärung der Regierungsparteien

Abg. Dr. Kaas (Zr.) gibt namens der Regierungsparteien eine gemeinsame Erklärung ab, in der es heißt: Das Deutsche Reich hat durch Taten bewiesen, wie ernst es ihm mit einer ausgehenden Zusammenarbeit der Nationen ist. Wir billigen das Bestreben der Reichsregierung, unser Verhältnis zu Rußland frei und unabhängig zu gestalten. Mit Nachdruck weisen wir den Gedanken der Einordnung Deutschlands in eine aggressive Front gegen Rußland zurück. (Lebh. Zustimmung.) Das schließt selbstverständlich das Recht Deutschlands nicht aus, gegebenenfalls gewissen Betätigungsfeldern der sonstigen politischen Politik außerhalb der Landesgrenzen mit Nachdruck entgegenzutreten. Mit Recht zieht die Weltöffentlichkeit in der Zusammenarbeit Deutschlands mit den anderen Mächten im albanisch-jugoslawischen Konflikt einen Beweis für die gleichberechtigte Großmachtsstellung Deutschlands. Umso unverständlicher ist es, daß man uns immer noch die für jeden Staat selbstverständliche Souveränität vorenthält. Kein Volk kann es ertragen, daß sein Gebiet von einer fremden Macht besetzt bleibt, nachdem die Voraussetzungen hierfür längst anderen Verhältnissen Platz gemacht haben. (Sehr richtig.) Nach der Annahme des Dawesgutachtens, angesichts seiner reibungslosen Durchführung, nach dem Abschluß der Locarno-Verträge und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hätte die letzte Stunde fremder Besatzung auf deutschem Boden schon längst schlagen müssen. (Erneute Zustimmung.) Nicht einmal die Verminderung der Besatzungstruppen ist durchgeführt worden, auf die Deutschland einen unbestreitbaren Anspruch hat. Mit stärkerer Enttäuschung entnehmen wir aus der Rede des Reichsaussenministers, daß es nicht gelungen ist, die Fragen in den Genfer Besprechungen zum Abschluß zu bringen. Wir erwarten bestimmt, daß es der deutschen Außenpolitik gelingen wird, die Einlösung dieses längst fälligen Versprechens endlich zu erreichen und zwar ohne deutsche Konzessionen. (Lebh. Zustimmung bei der Mehrheit.)

Die Erklärung spricht ferner die Erwartung aus, daß die in Aussicht genommene Lösung der Frage der Offensiven einer endgültigen Vereinigung dieses Streitpunktes dienen wird und daß die Vorkämpferkonferenz aufgehoben wird. Mit Befriedigung nimmt die Erklärung das entschiedene Eintreten der deutschen Delegation für die Memelbesitzer zur Kenntnis, ebenso die Schritte, um den Eintritt Deutschlands in die Mandatskommission zu sichern. Ferner wird die Hoffnung ausgesprochen, daß auf der Septemberratstagung die Danziger Forderungen erfüllt werden.

Der Redner gibt weiter der Enttäuschung über das Schwinden des Wertes von Locarno Ausdruck, das durch die Ausführungen Poincarés verstärkt worden sei und fährt fort: Wenn der Geist dieser Rede zum herrschenden Agens der französischen Politik werden sollte, dann würde allerdings die Hoffnung auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der beiden Nachbarmächte und eine dauernde Befriedung Europas ausgehen werden müssen. Dann würde das Wert von Locarno zusammenbrechen, aber nicht durch deutsche Schuld. (Lebh. Zustimmung bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Kreis (Soz.) spricht seine Verwunderung über die Zustimmung der Deutschnationalen zur Erklärung der Regierungsparteien aus. Wir wollen freundschaftliche und gute Beziehungen zu Rußland. Wir lehnen es aber ab, mit Moskau durch die Luft zu gehen. Wir halten das Vorgehen der englischen Regierung gegen die Arcos in London für falsch und verfehlt, andererseits hat die russische Regierung durch ihre jüngsten Massenhinrichtungen sich sehr viele Sympathien verschafft. Als einzigen Erfolg haben wir in Genf die Beteiligung an der Mandatskommission erzielt. Wir lehnen es aber ganz entschieden ab, Deutschland in die internationale Kolonialpolitik einzubeziehen, die gerade jetzt, wo die Völker der Kolonien erwachen, große Gefahren in sich birgt. Wenn die deutschnationale Presse über die Erfolglosigkeit von Genf jammert, so muß einmal gesagt werden, daß wir nicht von jeder Genfer Konferenz ein Weihnachtsgeschenk mit nach Hause bringen können. Auch wir Sozialdemokraten halten den Anspruch auf die vollständige Räumung des Rheinlandes für ein Recht Deutschlands, das mit der Frage der Offensiven nichts zu tun hat. Die Rede Poincarés unterscheidet sich immerhin vorteilhaft von seinen oratorischen Leistungen vor drei Jahren. Ein Staatsmann muß die Fähigkeit haben, zu vergehen. Diese Fähigkeit hat Poincaré nicht. Sie (zu den Deutschnationalen) sind als Regierungspartei voll verantwortlich für die Außenpolitik. Warum zerschneiden Sie denn den Versailler Vertrag nicht? Weil Sie dazu nicht stark genug sind! Weil Sie über die Locarno-Politik draußen anders reden als hier im Reichstage. Die Außenpolitik Dr. Stresemanns verfolgt sicher andere Ziele als die Sozialdemokratie; aber wir unterstützen ihn, weil wir von ihr einen möglichst langen Waffenstillstand erwarten. (Beifall bei den Soz.)

#### Der Arbeitsplan des Reichstages

Der Aussenrat des Reichstages beschloß, den Samstag sittingsfrei zu lassen. Am Montag und Dienstag sollen beraten werden: Das Kriegsgerätegesetz, der deutsch-italienische Handelsvertrag, die Verlängerung des Mieterschutzgesetzes und die Anträge zur Beamtensoldatierung. Über die Behandlung der sonstigen Vorlagen wird erst später entschieden werden.

Abg. Söder (Komm.): Die Deutschnationalen haben sich um eine eigene Stellungnahme einfach herumgedrückt. Rußland hat sich durch alle englischen Provokationen vorbildlich nicht von seiner Friedenspolitik abbringen lassen. Der Redner begründet ferner den kommunistischen Antrag, nicht in die Mandatskommission einzutreten.

Die Fortsetzung der außerpolitischen Debatte wird um 18 1/2 Uhr auf Freitag 14 Uhr vertagt.

#### Französische und englische Pressestimmen zur Stresemannrede

WTB. Paris, 24. Juni (Tel.). Die Rede des Reichsaussenministers Dr. Stresemann hat in Frankreich einen tiefen Eindruck hervorgerufen. Selbst der „Gaulois“ muß zugeben, daß Poincaré schlecht beraten war, als er in Lunévillé sprach. Erst die Antwort Stresemanns werde ein neues Kapitel in der Polemik zwischen den Regierungen eröffnen. Die Antwort Stresemanns bemühe sich, die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des französischen Kabinetts auszubetten. — Der „Figaro“ schreibt: Für Europa ist die Rede ein lehrreiches Dokument. Es — dem Schutze des Geistes von Locarno seine Macht zu stärken. — „Le Nouvelle“ schreibt: Die gestrige Rede ist die Rede eines guten Deutschen, der gut europäisch sprechen will. Der Leiter in der Wilhelmstraße hat im Namen der Berliner Regierung feierlich den Verzicht auf den Neuangebanten bestätigt. Wenn das so viel kritisierte Locarno nur eine derartige Erklärung zur Wirkung gehabt haben würde, so hätte es Frankreich bereits einen großen Dienst geleistet. — Die „Solon“ erklärt: Dr. Stresemann hat gestern im Reichstag die beste Rede seiner ganzen politischen Laufbahn gehalten. Unbestreitbar ist die Stellung Stresemanns die stärkere; den er ist gegen Poincaré vorgegangen, ohne daß man ihm ein ungeschicktes oder verletzendes Wort zum Vorwurf machen könnte.

WTB. London, 24. Juni (Tel.). Einige Blätter bringen mehr oder weniger ausführliche Auszüge aus der gestrigen Stresemannrede. — Der Berliner Korrespondent der „Times“, der einen besonders ausführlichen Bericht gefandt hat, schreibt, es habe selten eine Debatte über auswärtige Angelegenheiten ein solches Bild der Einseitigkeit gegeben, zunächst einer Art resignierter Einseitigkeit, dann allgemeiner Zustimmung, als der Außenminister zu einer nahezu leidenschaftlichen Erwiderung auf Poincarés Rede überging.

Die Besoldungsfrage im Ausschuss  
WTB. Berlin, 24. Juni (Tel.). In der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages berichtete Reichsfinanzminister Dr. Köhler über die Besprechung, die er mit dem Landesfinanzministern in der Frage der Besoldungserhöhung für die Beamten gehabt hat. Als Ergebnis dieser Besprechung konnte er die einstimmige Entscheidung der Landesfinanzminister mitteilen:

1. Die Finanzminister der Länder erkennen die Notwendigkeit der Erhöhung der Beamtensoldatierung an und halten es für unabweisbar, sich im wesentlichen dem Vorgehen des Reiches anzuschließen.
2. Die Finanzminister der Länder halten in Abereinstimmung mit dem Reichsminister der Finanzen eine Erhöhung der Beamtensoldatierung vor dem 1. Oktober nicht tragbar.
3. Selbst wenn die Erhöhung der Beamtensoldatierung erst zum 1. Oktober erfolgt, sehen sich die Länder außer Stande, die für die Erhöhung erforderlichen Mittel aus den ihnen zur Verfügung stehenden Einnahmen zu decken. Sie erheben daher die Forderung, daß das Reich den Ländern die nötigen Einnahmen zur Deckung der Besoldungserhöhung zur Verfügung stellt.

#### Der Minister wiederholte unter Bezugnahme auf diese

Stellungnahme der Länder seine Mahnung an den Ausschuss, von jeder Abschlagszahlung vor dem 1. Oktober Abstand zu nehmen. Die Wirkung solcher Vorauszahlungen würde nur die sein, daß die Beamten bei der Gesamtregelung weniger bekommen; denn das Reich verfüge nur über die Mittel, die die vorgesehene Regelung ab 1. Oktober ermöglichen.

#### Eine Beamtensoldatierung in Berlin

Am Donnerstagabend fand im Lustgarten zu Berlin eine Kundgebung statt, an der etwa 50 000 Mitglieder des Deutschen Beamtensoldatierungsausschusses teilnahmen, um gegen die Verschleppung der „Besoldungserhöhung“ zu protestieren. Nach den Reden wurde eine Entschließung angenommen, in der u. a. gefordert wird, daß die Besoldungserhöhung wenigstens für die Beamten in den unteren Gruppen sofort erfolgt. Die Versammlung, die einen ruhigen Verlauf nahm, wurde vielfach durch Kommunisten gestört.

Zu der Kundgebung erließ auch der Reichsverband der höheren Beamten eine Erklärung, in der er darauf hinweist, daß die unhaltbar gewordene wirtschaftliche Lage der Beamten eine weitere Hinauszögerung der Besoldungsreform nicht zulasse. Die höheren Beamten seien der Ansicht, daß sich parlamentarisch ein Weg finden lassen müsse, um die Besoldungsreform, die seit mehr als 2 1/2 Jahren besprochen werde, umgehend durchzuführen. Jede Zwischenbesetzung müßte die höhere Beamtenschaft ablehnen.

#### Der Entwurf eines allgemeinen Reichsbeamtengesetzes

ist, wie der „Sozialdem. Freieigent“ erzählt, jetzt fertiggestellt. Die Verhandlungen über diesen Entwurf mit den Spitzenorganisationen sollen nach den Sommerferien erfolgen. Das neue Gesetz soll an Stelle des alten Reichsbeamtengesetzes vom Jahre 1873 treten. Die dem Reichstag vorliegende neue Dienststrafordnung und das noch im Reichsrat zur Verhandlung stehende Gesetz über Beamtensoldatierung sollen später mit dem Reichsbeamtengesetz zu einem einheitlichen Gesetzeswerk verbunden werden.



**Aus der Landeshauptstadt**

**Die Ettlinger 700 Jahrefeier**

Am morgigen Samstag, den 25. Juni, werden nach Einbruch der Dunkelheit Leuchtfestern auf den Höhen um Ettligen erlöschen und weithin Kunde vom Beginn der 700-Jahrefeier geben.

Am Sonntag, den 26. Juni, findet u. a. nachmittags 4 Uhr auf der Freilichtbühne im Walthaldenpark bei Ettligen die Aufführung des Heimatstücks „Der Schultheiß von Ettligen“ von Wilhelm Fladt statt. Fladt, ein Ettlinger Kind, bekannt durch seine dreifachen Festspiele, hat seiner Vaterstadt mit seinem Heimatstück ein hervorragendes Geschenk gegeben. Bei ungünstiger Witterung werden in der städt. Festhalle als Ersatz für den „Schultheiß von Ettligen“ gleichwertige Heimatstücke aufgeführt; die für die Walthaldenaufführung gelösten Karten haben hierfür Gültigkeit. Abends 9 Uhr bewegt sich ein Fackelzug durch die illuminierte Stadt nach dem Walthaldenpark, in dem ein Karneval mit Feuerwerk und sonstigen Überraschungen veranstaltet wird. Insbesondere darf erwähnt werden, daß Fr. Edith Bielefeld mit ihrer Tanzschule den Zuschauern Ausserlesenes bieten wird. (Auf die Anzeige im Anferatenteil wird hingewiesen.)

In der Hauptversammlung des Karlsruher Verkehrsvereins wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die die Dringlichkeit des Magauer Brückenprojektes und der geplanten Elektrifizierung durchgehender Strecken der Reichsbahn in Baden betont und der badischen Regierung, sowie der Stadtverwaltung dafür dankt, daß sie sich in beiden Angelegenheiten bisher tatkräftig und entschlossen gezeigt haben. Einmütige Annahme fanden ferner Anträge des Verkehrsvereins, für die Bezeichnung „Karlsruhe am Rhein“ einzutreten, und des Rechtsanwalts Schön, die Fortführung der Straßenbahn von Knielingen nach Magau zu fordern. Dem Bescheid des verdienten Geschäftsführers, Direktor Vacher, war eine eingehende Aussprache gefolgt, die den allseitigen Wunsch unterstrich, die „Karlsruher Herbsttage“ beizubehalten. Dabei wurde die bedeutende kulturelle Aufgabe des Landestheaters hervorgehoben und angeregt, mehr die Wagner-Opern zu pflegen. Es ist dem Verein gelungen, Verbandsdirektor Steinle wieder als 1. Vorsitzenden zu gewinnen.

**Zur Deutschen Turn- und Sportausstellung.** Der Badische Landesauswärtige für Leibesübungen und Jugendpflege, der Veranstalter der Deutschen Turn- und Sportausstellung Karlsruhe 1927 (25. Juni bis 10. Juli) umfaßt zur Zeit in der Abteilung Leibesübungen 26 Verbände und in der Abteilung Jugendpflege 59 Verbände und Bünde mit zusammen 828 000 Mitgliedern. Er bezweckt die körperliche, geistige und sittliche Erziehung des Volkes, insonderheit der männlichen und weiblichen Jugend Badens. Sein Ziel ist die Volksgemeinschaft. In 100 badischen Orten bestehen Ortsgruppen zur Vertretung der gestellten Aufgaben bei den Gemeindeverwaltungen.

**Volkman-Ausstellung.** Eine Gedächtnisausstellung für den verstorbenen Prof. v. Volkman findet vom 30. Juni bis 15. Juli bei E. Büchle, Kaiserstr. 132 im Gartensaal statt. (S. Inf.)

**Fahndung.** Nach einem Faustspruch aus Breslau wird nach einem angeblichen Kaufmann S. Kaupel gefahndet, der mehrere Firmen dadurch geschädigt hat, daß er im Auftrage einer Breslauer Firma Trikolagen bei auswärtigen Firmen postlagernd Breslau an die Adresse Hugo Kitzki bestellte. Kaupel ist etwa 30 Jahre alt, 170 Zentimeter groß, schlank, verlebtes Gesicht, Glatze. Vor dem Betrüger wird gewarnt.

**Kurze Nachrichten aus Baden**

**D3. Mannheim, 24. Juni.** Der 36 Jahre alte verheiratete Geschäftsführer einer Genossenschaft aus Karlsruhe, geriet mit seinem 5/15 Ps. Opelwagen auf dem Wege von Seddenheim nach Mannheim, an einer scharfen Kurve bei der Südostseite des Flugplatzes von der Straße ab und in das etwas tiefer gelegene Feld. Der Wagen hat sich anscheinend mehrfach überschlagen. Der Fahrer des Wagens kam mit geringen Verletzungen davon, während die 38 Jahre alte Margarete Herrmann aus Seddenheim, welche die Fahrt mitmachen wollte, daran schwere Verletzungen erlitt, daß sie bald nach ihrer Entlieferung ins städtische Krankenhaus starb.

**D3. Rast, 23. Juni.** Am 1. April 1921 gründete Direktor Strechba das Strechba-Werk G. m. b. H. als Büromaschinenfabrik, nachdem er zuvor die genau 20 Jahre früher von ihm ins Leben gerufenen Büroeinrichtungsfabriken Fortschritt in Freiburg während dieser ganzen zwei Jahrzehnte geleitet und zu einem großen, vier Fabriken und zahlreiche Filialen umfassenden Unternehmen entwickelt hatte. Die Firma Strechba-Werk siedelte von Freiburg nach Rast über, weil damals in Freiburg kein passendes Anwesen gemietet werden konnte. Dieser Tage konnte die Firma die 100 000te Büromaschine fertigstellen, was Gelegenheit zu einer kleinen aber eindrucksvollen Feier bot.

**Handel und Wirtschaft**

**Berliner Devisennotierungen**

	24. Juni		25. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168,92	169,26	168,93	169,27
Kopenhagen 100 Kr.	112,72	112,94	112,72	112,94
Niallen 100 L.	24,14	24,19	24,15	24,19
London 1 Pf.	20,473	20,513	20,471	20,511
Reinhard 1 D.	4,216	4,224	4,216	4,224
Paris 100 Fr.	16,505	16,545	16,505	16,545
Schweiz 100 Fr.	81,14	81,30	81,15	81,33
Wien 100 Schilling	59,29	59,41	59,31	59,43
Wag 100 Kr.	12,489	12,509	12,49	12,51

**Um den Zusammenschluß in der Uhrenindustrie.** Nach einer Meldung der „Frankf. Zig.“ finden Zusammenschlußverhandlungen zwischen der Gebr. Junghans A. G. in Schramberg, der Hamburg-Amerikanischen Uhrenfabrik in Schramberg und der Vereinigten Uhrenfabriken in Freiburg (Schleien) statt, aber sie werden voraussichtlich nicht zur Fusion führen, sondern nur zu einem allerdings engen Konzernverhältnis. Außerhalb bliebe mit Ausnahme der Schwemninger Junghans-Filiale, die gesamte Schwemninger Uhrenindustrie.

**Badisches Landestheater**

Spielplan vom 25. Juni bis 9. Juli 1927

**a) Im Landestheater:**

**Sonntag, 26. Juni.** \* C 29. Th.-Gem. 2. S.-Gr. Die weiße Dame. Oper von Boieldieu. 7½-10 (7.-).  
**Montag, 27. Juni.** Eine liebevolle Komödie von Ben Jonson. 7½ bis u. 10¼ (5.-).  
Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.  
**Dienstag, 28. Juni.** \* G 30. Th.-Gem. 1101-1200. Neueinstudiert: Sylvia. Ballett von Jules Barbier und Mireille. 8-10 (7.-).  
**Mittwoch, 29. Juni.** \* B 30. Th.-Gem. 1001-1100 und 1401-1525. Alessandro Stradella. Oper von Friedrich von Flotow. 7½-9¼ (7.-).  
**Donnerstag, 30. Juni.** \* D 30. (Donnerstagmiete). Th.-Gem. 1. S.-Gr. und 2. S.-Gr. Zum ersten Mal: Der Diktator. Schauspiel von Jules Romains. 7½-10 (5.-).  
**Freitag, 1. Juli.** \* F 30 (Freitagmiete). Abschiedsvorstellung für Robert Bay: Die weiße Dame. Oper von Boieldieu. 7½-10 (7.-).  
**Samstag, 2. Juli.** Außer Miete. (erstes Vorrecht Miete G.) Th.-Gem. 1201-1400 und 3. S.-Gr. Neueinstudiert: Sylvia. Ballett von Jules Barbier und Mireille. 8-10 (7.-).  
**Sonntag, 3. Juli.** \* A 29. Th.-Gem. 901-1000. Abschiedsvorstellung für Dr. Heinz Knöll: Tosca. Oper von Puccini. 7½-10 (7.-).  
**Montag, 4. Juli.** Außer Miete. Volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen: Carmen. Oper von Bizet. 7½-10¼ (3.50).  
**Dienstag, 5. Juli.** \* C 30. Th.-Gem. 701-900 und 1101 bis 1200. Judith. Tragödie von Hebbel. 7½ bis nach 10¼ (5.-).  
**Mittwoch, 6. Juli.** 9. Vorstellung der Schülermiete. Thomas Painé. Schauspiel von Hans Johst. Eine beschränkte Anzahl von Plätzen ist für den allgem. Verkauf freigegeben. 6¼-8¼ (5.-).  
**Donnerstag, 7. Juli.** Volksbühne 11. Polpone oder: Der Tanz ums Geld. Eine liebevolle Komödie von Ben Jonson. 7½ bis nach 10¼ (5.-).  
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.  
**Freitag, 8. Juli.** Volksbühne 11. Polpone oder: Der Tanz ums Geld. Eine liebevolle Komödie von Ben Jonson. 7½ bis nach 10¼ (5.-).  
Karten jeder Platzgattung sind für den allgem. Verkauf freigegeben.  
**Samstag, 9. Juli.** \* A 30. Th.-Gem. 1001-1100; 1401-1525 und 3. S.-Gr. Zum ersten Mal: Das Räuberstück. Schauspiel von Walter Hasen. 7½-10 (5.-).  
**b) Im hies. Konzerthaus:**  
**Sonntag, 26. Juni.** \* Th.-Gem. 901-1000 und 1201-1400. Mein Better Edward. Schwan von Fritz Friedmann-Feederich und Ralph Arthur Roberts. 7½-9¼ (4.-).

**Erste Vorstellungen nach den Ferien**

**Samstag, 3. September 1927:** Florian Geyer von Gerhart Hauptmann.  
**Sonntag, 4. September 1927:** Don Giovanni von Mozart.

**700 jähr. Jubiläum der Stadt Ettligen**

Samstag, den 25. Juni 1927, abends 9 Uhr: **Freudenfeuer auf dem Rottberg.**

Sonntag, den 26. Juni 1927, nachmittags 4 Uhr im Walthaldenpark Festspiel:

**„Der Schultheiß von Ettligen“**

von Wilhelm Fladt. Regie: Hans Blum.

Eintritt: I. Platz 3 RM., II. Platz 2 RM., III. Platz (nur an der Tageskasse) 1.20 RM.

Abfahrt zu den Vorstellungen ab Karlsruhe Reichsstraße (Altbahn): 3<sup>00</sup> und 3<sup>30</sup> nachmittags.

**Kartenverkauf:** Musikalienhandlung Müller (Tel. 388) u. Altbahnhof. Bei ungünstiger Witterung berechnen die gelösten Eintrittskarten zu einer gleichwertigen Veranstaltung in der Festhalle.

Abends 9 Uhr: Illumination der Stadt mit Fackelzug und anschließend 10 Uhr Parkfest im Walthaldenpark mit Feuerwerk, Tanzdarbietungen von Edith Bielefeld und ihrer Schule und sonstigen Überraschungen. — Eintritt 1 RM. G.499

Bei ungünstiger Witterung werden die Veranstaltungen in die Festhalle und in den Saal des Gasthauses zur „Sonne“ verlegt.

**Gedächtnis-Russtellung**

20. Juni bis 15. Juli 1927

† Professor von Volkman

**Graphik**

zirka 120 Original-Lithographien und Radierungen

E. Büchle, Inh. W. Bertsch

Kunst- und Rahmenhaus, Kaiserstr. 132, Gartensaal

Besichtigung frei 8-12½, 2-6½, G.496

**Fortwärts-Stelle.**

Die Stelle eines Fortwärts ist hier neu zu besetzen. Bewerber wollen ihre selbstgeschriebenen Gesuche bis längstens 1. Juli 1927 bei uns einreichen. Theoretische und praktische Vorbildung wie bei staatlichen Fortwärtungsbeamtenanwärtern ist Voraussetzung für die Einstellung. Entsprechende Nachweise sind zu erbringen. Gernsbach (Murgtal), den 23. Juni 1927.

**Bürgermeisteramt:**

Wengels. G.497

**Das Problem der deutschen Minderheiten und der Völkereiheit in Nation und Nationalität**

Erster Ergänzungsband zum Jahrbuch für Soziologie

Herausgegeben von Prof. Dr. G. Salomon  
Gr. 8. VIII, 224 Seiten  
Brosch. RM. 3.—  
Ganzlehn RM. 10.—

Prospekt kostenfrei  
**Verlag G. Braun in Karlsruhe**

Zu vergeben die Druckarbeiten im Bezirk des Reichsbahnbaumeister Waldschütz ohne Materiallieferung mit einer Gesamtfläche von 2740qm. Bedingnishefte, Arbeitsbeschrieb einzusehen auf Zimmer Nr. 7, daselbst auch Abgabe von Bedingnisheften gegen 0,50 M in bar, keine Briefmarken, Versand nach auswärtig nur nach vorheriger Einfindung des Betrages mit Porto für den Vordruck (solange Vorrat), Angebote mit der Aufschrift „Brückenbauamt“ sind verschlossen, Post- und Befellgeldfrei bis Donnerstag, den 30. d. Mts., vorm. 10 Uhr, bei mir einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Waldschütz, 23. 6. 1927. Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft. A.949  
Vorstand des Reichsbahnbaumeister

**Bereibung von Baubarbeiten.**  
Das Wasser- u. Staßenbauamt Sinsheim vergibt nach Finanzministerialverordnung vom 27.7.1922 und 22.7.1924 die Arbeiten für die Verbreiterung der Landstraße Nr. 1 zwischen Wiesloch u. Minsloch km 41,330 bis 43,310.

Die Arbeiten umfassen: 1800 cbm Erdbewegung, 9200 qm Biefern und Einlegen von Gerüst, 7 000 lfdm Verlegen von Bordsteinen, 7 000 lfdm Verlegen von Leistensteine und die Nebenarbeiten. Die Arbeiten werden in 4 Losen vergeben. Die Bedingungen liegen auf dem Geschäftszimmer des Bauamts Sinsheim während der Dienststunden zur Einsicht auf. Angebotsordrude werden daselbst gegen eine Gebühr von 1 M abgegeben. Die Angebote sind verschlossen und portofrei mit der Aufschrift „Straßenverbreiterung Wiesloch-Minsloch“ bis längstens Samstag, 2. Juli 1927, vormittags 10½ Uhr, beim Bauamt einzureichen, wofür die Öffnung stattfindet. Zuschlagsfrist 8 Tage. Sinsheim a.E., 23. 6. 27.  
**Wasser- und Straßenbauamt.**  
Karlsruhe. A.945.  
Das Konkursverfahren über das Vermögen in dem Nachlaß des am 25. 9. 1925 verstorbenen Fabrikanten Gustav Adolf Wendelin Korwan in Karlsruhe wurde nach Einstellung des Verfahrens mangels Masse und nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, 18. 6. 1927.  
**Bad. Amtsgericht A 6.**

Karlsruhe. A.946.  
Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Schneider & Grohe, Kommanditgesellschaft in Karlsruhe wird eine Gläubigerversammlung einberufen auf: Mittwoch, den 13. Juli 1927, vormittags 8½ Uhr vor das Amtsgericht Abteilung A 5, Adamstraße, 8 II. Stod Zimmer 142. Tagesordnung: 1. Prüfung von nachträglichen angemeldeten Forderungen. 2. Einstellung des Konkursverfahrens mangels Masse.  
Karlsruhe, 8. 6. 1927.  
**Bad. Amtsgericht A 5**

Bruchsal. A.944.  
Die am 18. November 1881 in Bruchsal geb. ebenda wohnhafte Herrmann Bogt, Schuhmacher, Ehefrau Emma verwitwete Wagner geb. Holzer wurde wegen Trunksucht entmündigt.  
Bruchsal, 16. 6. 1927.  
**Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.**

**Badisches Landestheater**  
Samstag, den 3. Juni 1927  
Außer Miete (erstes Vorrecht Miete F)  
Abschiedsvorstellung für Herma Gement  
Neu einstudiert  
**Fräulein Julie**  
von August Strindberg  
In Szene gesetzt von Ulrich von der Lüden

**Pianos Harmoniums Sprech-Apparate**  
kaufen Sie in der Fabrik - Niederlage der leistungsfähigen Harmonium- und Piano-Fabrik  
**H. Goll A.-G.**  
Filiale Karlsruhe  
Waldhornstraße 30  
Telephon 6835  
in jeder Beziehung vorteilhaft!

**Anatols Hochzeit**  
von Arthur Schnitzler  
In Szene gesetzt von Ulrich von der Lüden  
Anatol u. seine Freunde  
Hierauf zum erheumat  
Anatols Hochzeit  
von Arthur Schnitzler  
In Szene gesetzt von Ulrich von der Lüden  
Anatol u. seine Freunde  
Hierauf zum erheumat  
Anatols Hochzeit  
von Arthur Schnitzler  
In Szene gesetzt von Ulrich von der Lüden  
Anatol u. seine Freunde  
Hierauf zum erheumat  
Anatols Hochzeit  
von Arthur Schnitzler  
In Szene gesetzt von Ulrich von der Lüden  
Anatol u. seine Freunde  
Hierauf zum erheumat

Druck G. Braun, Karlsruhe